

Forschungsplatz Schweiz

Atomausstieg ist falscher Vorwand

Die Beteiligung der Schweiz an den europäischen Forschungsprogrammen ist eine Erfolgsgeschichte. Seit 1992 stieg die Zahl der Schweizer Beteiligungen stetig an. Im zurzeit siebten Forschungsrahmenprogramm wurden per 15. Juni 2012 2678 Beteiligungen gezählt. Jährlich kommen rund 600 neue hinzu. Diese Indikatoren zeigen, in welchem Ausmass die Schweizer Forschung heute von der Vernetzung der Wissenschaft auf europäischer Ebene profitiert.

Auch aus Sicht der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler lohnt sich unsere Beteiligung. Für jeden Franken, den die Schweiz von 2007 bis 2011 für das siebte Forschungsrahmenprogramm nach Brüssel überwies, konnten Forschende in der Schweiz 1.50 Franken an EU-Fördergeldern zurückgewinnen. Dank seiner Exzellenz wurden dem Forschungsplatz Schweiz in diesem Zeitraum 1,56 Milliarden Franken zugesprochen. Diese Mittel ergänzen die nationale Förderung der Forschung durch den Schweizerischen Nationalfonds und die Kommission für Technologie und Innovation. Sie bilden einen nicht mehr wegzudenkenden Anteil der im Wettbewerb eingeworbenen Forschungsgelder.

Projekt «Human Brain» ist ein Erfolg für die Schweiz

Die Schweiz ist insbesondere mit Projekt-eingaben beim Europäischen Forschungsrat (ERC) erfolgreich, denn der ERC finanziert Projekte der Grundlagenforschung im Wettbewerb – einzig nach dem Kriterium der Exzellenz. Dabei unterstützt er Nachwuchsforschende sowie etablierte Wissenschaftler jeweils für fünf Jahre. Damit schafft er die für Grundlagenforschung notwendige nachhaltige Basis. In den bisher fünf Ausschreibungen haben die ETH Zürich beziehungsweise die ETH Lausanne (EPFL) am dritt- und viertmeisten Projekte gewonnen – unmittelbar hinter Cambridge und Oxford. Im laufenden Programm unterstützte der ERC Forscher in der Schweiz bisher mit 435,9 Millionen Franken. Neben dem ERC ist die Schweiz insbesondere bezüglich Förderung der Informations- und Kommunikationstechnologien, im Mobilitätsprogramm «Menschen» sowie in der Gesundheitsforschung erfolgreich.



Barbara Haering
Mitglied des ETH-Rats

«Für jeden Franken, den die Schweiz von 2007 bis 2011 nach Brüssel überwies, konnten Forschende in der Schweiz 1.50 Franken an EU-Fördergeldern zurückgewinnen.»

Nachdem Forscherinnen und Forscher aus der Schweiz bereits in den 1990er-Jahren an Projekten der Forschungsprogramme der Europäischen Union mitarbeiten konnten, ist die Schweiz seit 2004 als gleichberechtigter Staat an den Forschungsrahmenprogrammen beteiligt. Forscherinnen und Forscher der Schweiz können also Programme und Projekte selber strategisch gestalten und operativ koordinieren. Dies ermöglichte auch den grossen Erfolg der Schweiz im Wettbewerb um die europäischen Flaggschiffprojekte. Von europaweit sechs Projekten der Endausscheidung stand eines unter der Leitung der EPFL, eines unter der gemeinsamen Leitung von ETH Zürich und EPFL sowie eines unter der wissenschaftlichen Leitung der ETH Zürich. Das «Human Brain»-Projekt der EPFL ist eines der beiden Siegerprojekte. Davon profitieren insbesondere die Westschweizer Hochschule sowie weitere Forschungsinstitutionen in der ganzen Schweiz. Am zweiten Siegerprojekt, dem aus Schweden geführten Forschungsvorhaben «Graphene», sind ebenfalls Forschende aus der Schweiz beteiligt.

Das siebte europäische Forschungsrahmenprogramm läuft Ende 2013 aus. Das Schweizer Parlament berät deshalb die Fortsetzung seiner Forschungszusammenarbeit mit der EU. Das achte Forschungsrahmenprogramm «Horizon 2020» fand in der Europäischen Kommission sowie im Europäischen Parlament grosse Unterstützung. Die Forschungsmittel der EU wurden vom Budgetkompromiss kaum tangiert und werden markant wachsen. Das Programm soll sowohl Beiträge zum wirtschaftlichen Wachstum in Europa leisten als auch gesellschaftliche und globale Herausforderungen ansprechen. «Horizon 2020» nimmt viele Anliegen auf, die aus Sicht der Schweiz wichtig sind, so insbesondere die Stärkung des ERC, die Integration der Forschungs- und Innovationsprogramme unter einem Dach sowie die Fokussierung der Förderung auf Exzellenz und weniger auf den regionalen Ausgleich. Hinzu kommen administrative Vereinfachungen.

Euratom ist trotz Ausstieg aus der Kernenergie wichtig

Zum achten Forschungsrahmenprogramm gehört untrennbar die Fortsetzung der Beteiligung am Forschungsprogramm der Europä-

ischen Atomgemeinschaft (Euratom), dem die Schweiz seit 35 Jahren assoziiert ist. Die Forschung von Euratom umfasst unter anderem Projekte zur Kernspaltung. Die Schweiz hat sich, wie andere Länder Europas auch, zum Ausstieg aus der Atomenergie entschieden. Kernkraftwerke werden in der Schweiz aber trotzdem noch für längere Zeit betrieben werden. Aus Sicherheitsgründen müssen wir deshalb die Kompetenzen dazu aufrechterhalten und die Ausbildung von Fachkräften weiter garantieren. Euratom-Projekte liefern Grundlagen zur Beurteilung der Sicherheit von Kernkraftwerken und erforschen Fragen ihres Rückbaus. Weitere Forschung ist zudem mit Blick auf die langfristige Lagerung radioaktiver Abfälle zentral. Auch hierzu brauchen wir Antworten – und dies unabhängig von der Betriebszeit der Schweizer Kernkraftwerke.

Globale Probleme benötigen Forschung ohne Grenzen

Euratom-Mittel fliessen zudem in die Erforschung der Kernfusion, beispielsweise auf dem Gebiet der Plasmaphysik. Diese Forschungsprojekte sind auf grosse Forschungsinfrastrukturen angewiesen, die von einem Staat allein nicht getragen werden können. Deshalb baut Europa bei Aix-en-Provence die Forschungsanlage ITER. Forscher des Zentrums für Plasmaphysik (CRPP) der EPFL und des Paul-Scherrer-Instituts leisten Beiträge dazu. Im Rahmen der Energiestrategie 2050 wird Fusion (noch) keine Alternative zur Kernspaltung bieten können. Dies ist allerdings kein Grund für einen Abbruch dieser langfristig angelegten Grundlagenforschung.

Eine Beteiligung an «Horizon 2020» ist für die Schweiz wichtig. Schwerpunkte des Programms sind gesellschaftliche Fragen wie innovatives wirtschaftliches Wachstum, Gesundheit, nachhaltige Perspektiven für Landwirtschaft, Verkehr und Energieversorgung, Ressourceneffizienz sowie Klimaschutz. Für diese globalen Herausforderungen werden wir nur mit einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der besten Forscher Lösungen finden.

Barbara Haering Co-Chair des Beirats für den Europäischen Forschungs- und Innovationsraum und Mitglied des ETH-Rats.

Steuerwettbewerb

SP-Vorschläge sind unbrauchbar

Steuerwettbewerb, Föderalismus und tiefe Steuern gegen Zentralisierung, Schulden und Umverteilung: Dieser Kampf zwischen Linken und Liberalen ist um ein Kapitel reicher. Die SP will per Volksinitiative die Besteuerung der Unternehmen von den Kantonen grösstenteils auf den Bund verschieben und harmonisieren. Dies nach dem gescheiterten Versuch zur Ausbebelung des Steuerwettbewerbs bei den Privatpersonen 2010.

Beim Bund soll der Steuersatz von heute 8,5 Prozent auf 16 bis 18 Prozent erhöht und die Differenz an die Kantone verteilt werden. Die Kantone könnten weitere Steuern erheben. So sichere man dem Staat genügend Mittel und verhindere, dass das Ausland Steuern verliere. Die SP greift damit erneut die Kantone frontal an und spielt mit dem Feuer:

- Die Kantone bestimmen sowohl die Steuern als auch die damit finanzierten Leistungen. Die SP will die Kantone zu Subventionsempfängern degradieren. Anreize, günstig gute Leistungen zu erbringen, entfallen. Bald bestimmt der Bund auch die Leistungen. Aber das will die SP: Die Entmachtung der Kantone.
- Der Steuerwettbewerb sichert eine massvolle, international attraktive Besteuerung. Darum ist die Schweiz erfolgreich. Das sieht selbst die SP, auch wenn sie es nicht zugibt. Seit Jahren malt sie das Gespenst milliardenhoher Steuerausfälle an die Wand. Nun lesen wir: Seit 1990 haben sich die Bundeseinnahmen bei der Unternehmenssteuer vervierfacht und bei den Kantonen verdoppelt. Das liegt weit über dem Wirtschaftswachstum

von 70 Prozent. Bei einer gleichmacherischen Bundessteuer à la SP wären wir bald nicht mehr wettbewerbsfähig.

- Der internationale Steuerwettbewerb wird immer härter. Die Schweiz wird wegen ihrer kantonalen Steuerregime kritisiert. De facto kennen aber fast alle EU-Staaten ähnliche Strukturen sowie vielfache Subventionen für Unternehmen. Scheinheilige aller Länder hämmern auf die Schweiz. Doch während im Ausland Politik und Presse bei ausländischem Druck die Ränge schliessen, profiliert sich hier die Linke als willfähriger Erfüllungshelfer des Auslands.

Der relevante Gegner sitzt in Brüssel

Die SP-Vorschläge sind unbrauchbar. Allerdings ist die SP gar nicht der relevante Gegner. Das Problem sitzt in Brüssel: Die EU-Schuldenstaaten ziehen ihren Bürgern und Unternehmen das Geld immer brutaler aus der Tasche. Imperialistisch wird die Schweiz aufgefordert, sich anzupassen.

Schuldenstaaten sind wie verwundete Elefanten. Wer klein ist, sollte nicht provozieren. Wer sich einigelt, läuft Gefahr, vom Elefanten zertreten zu werden. Besser ist die Strategie des Fuchses, der rasch und schlau den Gegner mit den eigenen Waffen schlägt und nur eine unvermeidbare Konfrontation sucht. Das heisst:

Erstens ersetzen wir innovativ die kritisierten kantonalen Regime mit möglichst gleichwertigen Lizenzboxen und anderen EU-kompatiblen Massnahmen. Was EU-Staaten billig ist, soll uns

recht sein. So beschränken wir die Steuerausfälle auf ein Minimum.

Um die Attraktivität des Steuersystems sicherzustellen, ist zweitens die Senkung der Gewinnsteuer anzustreben. Wo technische Ersatzmassnahmen nicht helfen, sind Gewinnsteuersenkungen der Kantone rasch einzuleiten.

Auch der Bund muss drittens einen Beitrag leisten. Von der Reform besonders betroffene Kantone sind allenfalls zu unterstützen, sofern deren aufgeblähte Bürokratien sparen.

Viertens erklären wir uns zum Steuerwettbewerb einzig basierend auf Gewinnsteuersätzen bereit, sofern alle OECD-Staaten mitmachen. Dank gesunder Staatsfinanzen wären wir da unschlagbar.

Die Schweiz soll spielen wie die anderen. Dazu müssen wir flexibler werden. Eine heute in der EU gültige Regel mag in einigen Jahren verboten sein. Anpassungen im Rahmen der Fuchsstrategie sind der Standortqualität nicht abträglich, solange wir Unternehmen eine attraktive Steuerpolitik glaubhaft zusichern können.

Die Unternehmenssteuerreform III ist die wichtigste Steuervorlage des Jahrzehnts. Unsere Verhandlungsvorschläge müssen von den bürgerlichen Parteien getragen werden können. Die FDP hat deshalb mit SVP, CVP, BDP und GLP eine Parlamentariergruppe zur engen Begleitung der Arbeiten der Finanzministerin gegründet. Sind wir schlau genug, können weder linke Ideen noch ausländischer Druck unseren Standort samt seinen Arbeitsplätzen gefährden.

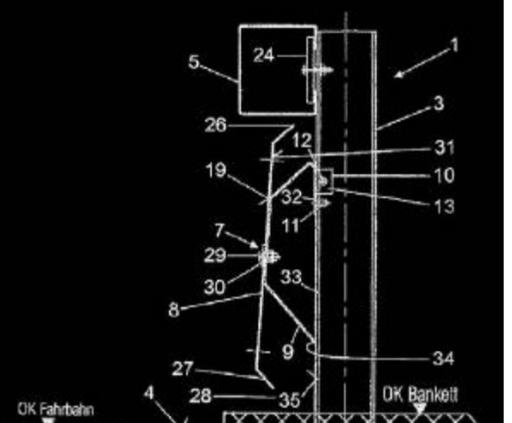
Philipp Müller Nationalrat und FDP-Präsident

genial

CH 705 555 A2

Patentanmeldung: Leitplankenordnung

Die Leitplankenordnung weist eine Leitplanke (5) auf, die sich im Wesentlichen parallel zu einer Fahrbahnoberfläche (4) erstreckt und an Pfosten (3) befestigt ist. Unterhalb der Leitplanke (5) ist ein Unterfahrerschutzblech (8) mit Bügeln (9) an den Pfosten (3) befestigt. Die Bügel (9) sind jeweils mit einer Steckvorrichtung (10) an einem Pfosten (3) befestigt und an diesem Pfosten (3) jeweils mit einem sich nach unten erstreckenden Teil gleitverschieblich abgestützt.



Die «Handelszeitung» wählt jede Woche eine überraschende oder skurrile neue Patentanmeldung aus. Quelle: www.swissreg.ch